

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 10

Artikel: Das Frauenwahlrecht im belgischen Senat abgelehnt
Autor: Wilfinger, Marianne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329983>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ter her! Als Epiker haben wir Keller, Meyer, Spitteler, Gott-
helf, als Reformatoren Zwingli und Calvin, als Erzieher Pesta-
lozzi; warum sollte nun nicht auch eine Gestalt vom gewaltigen
dramatischen Ausmaß des Kunstmalers Hodler erstehen? Auf
diesen Genius warten die Berufstheater, aber auch die Dilettan-
tenvereine; *der Dilettantismus wuchs und wächst auch heute
noch an wirklich großen, klaren und geradlinigen Aufgaben über
sich hinaus*: die Berufsschauspieler steigen ins Volk und das
Volk steigt auf die Bühne. Wenn irgendwo, dann in der Schweiz.
Die Theatersäle, die Bildungsvereine, die Berufsdirektoren
stehen bereit, das Volk will und wird sich aus seiner eigenen
Seele heraus das Bild seiner Gegenwart und Zukunft gestalten.
Es lebe die kommende Volksbühne der Schweiz. Man wird sie,
wie einst die Volksbühnenmänner des Nordens — Ibsen, Björn-
son —, auch in Deutschland vernehmen!

Das Frauenwahlrecht im belgischen Senat abgelehnt.

Von Marianne Wilfinger.

Belgien steht im Wahlkampf um die neue Kammer und
den neuen Senat, die beide am 26. Mai gewählt werden. Die
eben aufgelöste Kammer wurde im Jahre 1925 gewählt. Damals
erhielten (nach dem Berliner «Vorwärts»)

	Stimmen	in Prozenten	Abgeordnete
Sozialisten	820,650	39,44	78
Katholiken	799,523	38,43	78
Liberale	305,039	14,66	23
Flämische Frontpartei	79,693	3,83	6
Kommunisten	43,147	1,64	2
Andere Kandidaten	52,997	2,54	—
			187

Die Sozialisten wurden damit zum ersten Male zur stärksten
Partei des Landes, obgleich die Katholiken ebenso viele Man-
date erhielten. Der Antrag auf Einführung des Frauenwahl-
rechtes ist nun diesmal von den Katholiken aus gegangen, die
sich dadurch eine Stärkung ihrer bedrohten Macht erhoffen.
Die Sozialisten, obzwar in der Theorie Anhänger des Frauen-
stimmrechtes, wenigstens offiziell, stimmten dagegen.

Wenn man nur die diesmaligen Wahlaussichten ins Auge
faßt, wird man die Spekulation der Sozialisten richtig finden,
denn man kann gewiß voraussagen, daß die erste Wahl mit
Frauenstimmrecht den Katholiken mehr Erfolg bringen würde

als den Sozialisten. Und unter denen, die so kalkulieren, sind gewiß ehrliche Sozialisten, die es auch mit dem Wohle der Frauen ihrer Klasse ehrlich meinen, die auch gewiß Achtung vor den Genossinnen haben und es bedauern, daß wegen der vielen reaktionären, rückständigen, unaufgeklärten Frauen diese klugen, treuen, verlässlichen Genossinnen von der Mitbestimmung ausgeschlossen bleiben. Aber ein großer Teil ist auch unter ihnen — in Belgien wie hier und anderswo auch —, die selbst gar nicht so durchdrungen sind von der Gleichberechtigung der Frauen, und die ganz froh sind, einen anständigen Vorwand zu haben, nicht aus Parteidisziplin für das Frauenwahlrecht stimmen zu müssen.

Aber mit den schlechten Sozialisten brauchen wir uns ja nicht auseinanderzusetzen. Sie sagen so wenig gegen den Sozialismus, wie schlechte Christen gegen das Christentum. Und es hat gewiß nie ein überzeugter, gläubiger Christ deswegen vom Christentum gelassen, weil es Christen gab und gibt, die Verbrecher waren (oder sind). Es sind schon Christen gehenkt worden, aber deswegen war nicht das Christentum schlecht.

Nein, wir wollen uns mit den *überzeugungstreuen* Sozialisten, mit den ehrlichen Anhängern der Gleichberechtigung auseinandersetzen, die die sozialistischen Grundsätze nicht leichten Herzens verraten, aber die meinen, im Klasseninteresse zu handeln, wenn sie eine sozialistische Forderung «vorläufig» zurückstellen.

Ihre Erwägungen sind ungefähr die folgenden: Wir schützen als Sozialisten die Rechte unserer Frauen und Kinder, wir wahren das Interesse unserer Klasse, und das um so besser und wirksamer, je mehr politische Macht wir haben. Büßen wir durch das Frauenwahlrecht, das den Gegnern einen Machtzuwachs bringt, einen bedeutenden Teil unseres Einflusses ein, so haben wir den Frauen selbst weniger gedient, als mit der formalen Gleichberechtigung. Denn das Stimmrecht allein ist ja nicht Selbstzweck, es ist für uns nur das Mittel, unserer Klasse zu dienen, uns im Klassenkampf vorwärts und der Verwirklichung des Sozialismus näherzubringen.

Und sicherlich gibt es sogar in Belgien viele ehrliche Genossinnen, die sich dieser Argumentation nicht stark widersetzen, weil ihnen selbst für die Zukunft der Partei, der Gewerkschaften, der Fürsorge, ja für ihre eigene und die ihrer Kinder der sozialistische Wähler lieber ist, als die katholisch-konservative, rückständige Wählerin, die — unaufgeklärt — irgendwelchen Schlagworten unterliegt und den Feinden des Proletariats zur Macht verhilft.

Wie steht aber die Sache, wenn man nicht nur die augenblicklichen Wahlaussichten ins Auge faßt, sondern *weit-schauende*, grundsätzliche, sozialistische Politik macht? Haben

die belgischen Genossen auch die *weiteren* Wirkungen ihrer Haltung richtig abgeschätzt?

«Wir werden zuerst die Frauen erziehen», hat der sozialistische Redner im Senat gesagt. «Erziehen» — aber welches sind denn die wirksamsten Erziehungsmittel?

Vertrauen, Beispiel, Anschauung. Wenn ich jemand erziehen, beeinflussen will, so muß ich vor allem sein *Vertrauen* genießen. Wir alle können von niemand etwas lernen, wenn wir nicht vorerst das Vertrauen haben, daß der Lehrer das Richtige selbst weiß und daß er es uns wahrheitsgetreu vermitteln *will*. Wenn wir das nicht zuerst glauben, sind wir jedem Unterrichts- oder Erziehungsversuch unzugänglich. Das gilt von Kindern wie von Großen, von Männern wie von Frauen. Wie können wir aber zu jemand Vertrauen haben, der zu uns keines hat, der uns nicht gelten läßt, sondern von oben herab, wie Objekte behandelt? Die Sozialisten müssen durch die Ablehnung des Frauenwahlrechtes — wie immer sie sie begründen — eine *Einbuße an Vertrauen* erleiden, denn: «Man spricht vergebens viel, um zu versagen, der andere hört von allem nur das Nein.» Die große Masse der Frauen *kann* keinen andern Eindruck haben als: «Nun haben sie sich im Programm immer zum Frauenwahlrecht bekannt, haben uns für ihre Partei geworben als Mitglieder mit der Begründung, daß sie für die Gleichberechtigung seien — und nun, als sie auf die Probe gestellt wurden und sich bewähren sollten, da haben sie uns verraten.»

Und die Erziehung durch *Beispiel*. Wenn wir einer Arbeiterfrau, die mit ihren Kindern hungert, deren Mann im Streik steht und der sich der Versucher naht, um sie zu bestimmen, daß ihr Mann gegen bessere Bezahlung Streikbrecherarbeit machen soll, begreiflich machen wollen, daß sie fest bleiben müsse — *dem Augenblicksvorteil zum Trotz* —, was müssen wir ihr erklären? Was für ein Beispiel müssen wir ihr geben? «Du darfst nicht nur an Dich und Deinen momentanen Vorteil denken; es ist das weiterschauende Mitleid mit Deinen Kindern, wenn Du jetzt den Verlust erträgst.» An *alle* denken, nicht nur an den momentanen Vorteil denken!

Und was für ein Beispiel haben die belgischen Sozialisten jetzt gegeben? *Nur an den momentanen Vorteil denken!*

Bleibt noch der *Anschauungsunterricht*. Die Sozialisten sind jetzt die stärkste Partei im Lande. Und sie haben das Frauenwahlrecht abgelehnt. Der Erziehungseffekt? Nun, wenn die Sozialisten die stärkste Partei sind, dann wird das Frauenwahlrecht abgelehnt.

Wie wollen sie also «erziehen»? Mit *Worten*, in Versammlungen, durch die Presse. Aber die Erfahrung lehrt, daß sich die Männer die Aufklärung der Frauen nicht viel Zeit und Geld kosten lassen, wenn die Frauen nicht wahlberechtigt sind, weil

sie ja nicht gefährlich sind. Das Werben um die Frauen setzt erst ein, wenn sie stimmberechtigt und damit Herrinnen über politische Macht geworden sind. Und darum lernen die Frauen das Wahlrecht erst gebrauchen, wenn sie es haben. Wie war es denn mit den Arbeitern? Der Teil, der sich um das allgemeine Wahlrecht bewußt bemüht hat, war im Verhältnis gewiß nicht größer als heute der Teil der Frauen, die um das Wahlrecht kämpfen. In Oesterreich zum Beispiel haben im Jahre 1897 — bei den ersten Wahlen in der «allgemeinen Kurie» — *die Arbeiter* einen Lueger und einen Prinzen Liechtenstein gewählt. *Die Arbeiter* haben den Christlich-Sozialen in den Sattel geholfen. Hat darum etwa Viktor Adler gesagt, es war ein Fehler, den Arbeitern das Wahlrecht zu geben? Nein! Schwimmen lernt man nur im Wasser. Die Arbeiter haben wählen gelernt. Aber wenn sie den Kampf um das Wahlrecht zurückgestellt und gewartet hätten, bis die Arbeiter «erzogen» sind, so könnten sie heute noch in kleinen, verbotenen und Bildungsvereinen, bei zehn- und zwölfstündigem Arbeitstag die Arbeiter «erziehen». Wo sind denn die sozialistischen Parteien stärker, in den Ländern *mit* oder in den Ländern ohne Frauenwahlrecht?

Was soll man denn von den Vertröstungen auf den richtigen «Zeitpunkt» halten? Wenn die Sozialisten stark sind, dann ist der Zeitpunkt nicht da, weil sie stark sind, und wenn sie schwach sind, dann ist er nicht da, weil sie schwach sind —, nein, *solche Spekulationen* und Vorteilserwägungen *müssen die Partei* nur um das Vertrauen und *um ihre Werbekraft bringen*. Die Wahrheit ist, daß *immer*, wann immer das Frauenwahlrecht Gesetz wird, den *ersten* Vorteil die Klerikalen und die rückständigen Parteien haben werden. Aber das muß gewagt und überwunden werden.

Wenn ein Bergsteiger einen Gipfel erklimmen will und er steht an einer Stelle, wo der Weg ein wenig abwärts geht — es ist nun einmal so in der Natur und in der Geschichte der Arbeiterbewegung auch — und er ist jetzt zu geizig oder zu bequem, um diesen Höhenverlust zu wagen, *dann wird er eben den Gipfel nie erreichen*. Hätte die Arbeiterbewegung die Verluste, die die ersten Wahlen mit Arbeiterstimmrecht dem Fortschritt brachten, nicht riskiert, so hätten die Arbeiter heute nicht die politischen Machtpositionen, die sie haben.

Die Frauenorganisationen in den Ländern ohne Frauenwahlrecht sind schwach. Die Genossinnen sagen: Die Frauen sind schwer zu organisieren und zu interessieren, weil sie wissen, daß sie ja doch zur Einflußlosigkeit verurteilt sind. Und die Genossen sagen: Man kann den Frauen das Wahlrecht nicht geben, denn sie haben so schwache Organisationen.

«Was war zuerst, die Henne oder das Ei?»

Da sind wir doch offenbar in einen fehlerhaften Zirkel hin-

eingeraaten. Das sagt uns aber auch, daß man so die Frage nicht anpacken darf.

Die Frauen dürfen mit der Werbe- und Aufklärungsarbeit, mit dem Bekenntnis zur Partei nicht warten, bis wir das Wahlrecht haben, damit sich die Männer nicht vor dem Frauenwahlrecht — im Interesse des Sozialismus — zu fürchten brauchen. Die Männer aber, die Sozialisten müssen bei *jeder* Gelegenheit das Beispiel von Verlässlichkeit und Programmtreue geben. Bedingtes Worthalten, Treue auf Kündigung wird von denen, die auf die Erfüllung eines Versprechens warten, nicht verstanden. Und eine Massenpartei muß gerade, eindeutige Richtlinien haben, ihre Parolen müssen einfach, weithin sichtbar, deutlich und eindeutig sein. In Plakatschrift kann man keine Klauseln und Bedingungen mit Wenn und Aber verbreiten. *Man muß sich für die Demokratie entscheiden oder gegen sie.*

Wollten sich die belgischen Genossen etwa gegen die Demokratie entscheiden? Gewiß nicht! Nun, auch bei den Männern wählen die dummen wie die gescheiterten, die aufgeklärten wie die rückständigen, die Sozialisten wie ihre Klassenfeinde. Die Frauen ausschalten, heißt ja die Frauen der eigenen Klasse, die eigenen Genossinnen mit ausschalten, trotzdem man die Männer der Bourgeoisie, die Klassengegner, nicht ausschalten kann. Aber selbst, wenn es zum Besten der Frauen selbst geschähe — es ist und bleibt dennoch ein Verrat an der Demokratie, aus dem die Diktatoren — kommunistische und faschistische — ihre Argumente beziehen können. Denn auch sie geben vor, dem Volke zu seinem Besten die Demokratie vorzuenthalten und es zu seinem Wohle zu bevormunden. Eine Demokratie ohne Frauenwahlrecht ist in Wahrheit eine Diktatur einer Minderheit über eine Mehrheit — denn die Frauen haben die Mehrheit —, und da macht es gar keinen Unterschied, daß die Diktatoren unter sich eine Art Demokratie eingerichtet haben. Das haben die Bolschewisten in Sowjetrußland auch getan, und sogar die Faschisten in Italien haben unter sich eine Art Mehrheitsrecht eingeführt. Nein, die Demokratie muß *ganz* sein, oder es ist keine Demokratie. Und wer nicht das Vertrauen hat, daß die Demokratie selbst die Kräfte hervorbringt, die ihre Gebrechen — und sie *hat* Gebrechen wie jede menschliche Einrichtung — heilen, der ist kein Demokrat und kein Sozialist.

Wir haben uns mit dem Beschlusse der belgischen Sozialisten beschäftigt, weil er uns als internationale Sozialdemokratinnen auch um der belgischen Genossinnen willen interessiert, aber vor allem deshalb, weil er uns Schweizer Genossinnen, die wir in einem so schweren Kampfe um die politische Gleichberechtigung stehen, mittelbar berührt.

Wir haben kein Stimmrecht, aber wir haben Stimmen, und wir erheben unsere Stimmen zur Kritik und zur Warnung. Und

wir sind nicht verzagt! *Wir* haben Vertrauen zur Demokratie! Wir wissen, daß die Demokratie die Kräfte hervorbringt, die ihre eigenen Fehler verbessern. Die belgischen Genossinnen werden nicht der Sache untreu werden, sie werden von ihrem Rechte der Kritik und von ihrem *Wahlrecht innerhalb der Partei* Gebrauch machen, um dem Programm Geltung zu verschaffen, davon sind wir überzeugt, und wir werden das gleiche tun in unserem Lande in dem Bewußtsein, daß wir der gemeinsamen Sache dienen, der Verwirklichung des Sozialismus.

Gemeinde-Zweckverbände in Belgien.

Von J. Allard, Belgien.

Seit ungefähr 30 Jahren, und zwar hauptsächlich unter sozialistischem Einfluß, haben die Gemeinden fühlbar die Tendenz, ihre Machtbefugnisse auf wirtschaftlichem Gebiet zu erweitern.

Belgien hat von dieser Regel keine Ausnahme gemacht. Namentlich *seit dem Krieg* ging es ein gutes Stück vorwärts auf dem Wege der Vermittlung.

Unser 30,000 Quadratkilometer umfassendes Land mit 7,500,000 Einwohnern ist in mehr als 2600 Gemeinden eingeteilt. Nur vier davon haben eine Bevölkerungszahl von über 150,000 Einwohnern, 35 zählen deren 20—50,000, und zwei unter 34 haben 3—20,000 Bewohner. Für die meisten Gegenden sind wegen dieser enormen Zerstückelung große Unternehmungen unmöglich.

Trotz des gesetzlich gewährleisteten Rechtes zur Ausübung einer theoretisch durchaus freien ökonomischen Tätigkeit mußten die Gemeinden in Wirklichkeit darauf Verzicht leisten, wenn sie nicht fast überall von dem Recht auf Errichtung von Gemeinde-Zweckverbänden profitieren könnten. Dieses Recht war in der belgischen Verfassung von 1830 nicht absolut vorgesehen. Auf Grund dieser Unterlassung wurde sie den Gemeinden auch durch die Zentralgewalt streitig gemacht. Doch waren die Tatsachen stärker als der Respekt vor der Verfassung, und lange vor dem Krieg hatten verschiedene Erlasse die Verständigung der Gemeinden in gewissen Punkten schon gestattet.

Das erste unbestrittene gesetzliche Beispiel war der Zusammenschluß «Polders und Wateringues». Es war der Zusammenschluß interessierter Grundbesitzer zum Schutz ihres Besitzes gegen Ueberschwemmungen und zur Entwässerung durch bestimmte Anlagen. Diese Zusammenschlüsse kommen einer wirklichen Selbstverwaltung gleich mit Ausdehnung ihrer Wirksamkeit auf das Gebiet verschiedener Gemeinden. Der Ursprung